

# Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 1,50 M., vierteljährlich 4,50 M.; durch die Post bezogen monatlich 3 M., vierteljährlich 9 M. — Veranlassungssangeboten kosten pro Seite 75 M. — Test- und Geschäftsanzeigen werden nicht angenommen.



Vereinsvorstand für den Inhalt: Kurt Schmid. Druck: H. Haussmann & Co., Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Städtische Buchdruckerei, Wiesbadener Str. 38—42. Telefon: Aten. 89, 80 u. 96. Telegr. Adr.: Alverand Buchen.

## Wo seid Ihr?

Über eine Million Arbeiter sind nach dem Ausweis der Unfallversicherungsanstalt im deutschen Bergbau beschäftigt. 1920 waren es durchschnittlich, ohne Saargebiet, 1.084.501, über 100.000 mehr als 1919. Wo stehen diese Massen in gewerkschaftlicher Hinsicht?

Die Fragen in Belegschaftsversammlungen über den Rückfall mancher Werkleiter in den Verkehrston des rücksichtslosen Herrscherscheins. Sie fragen, daß „gar nichts geschehen“ sei für die Verbesserung der Arbeiterlage. Das Gedinge würde „heruntergezerrt“ bestraft würde, „dah es so kracht!“. Die Lohnvereinbarungen der Verbände seien unbedeutend und würden zudem auf vielen Seiten nicht innegehalten. Den Betriebsräten gewähre man keinen Einblick in die Betriebswirtschaft, ja, man mögkerege Betriebsräte, die sich energisch der Belegschaftsinteressen annähmen. Zahlreiche Werkleiter arbeiteten hin auf die direkte oder indirekte Verlängerung der tariflichen Schichtzeit. Gezeigt den Fall, es wäre „gar nichts gebessert gegen früher“ (was eine falsche Behauptung ist), woran würde das liegen? An den Arbeitern selbst!

Wieder von der Million Bergarbeiter summieren sich denn aktiv um die Verbesserung ihrer Arbeitsverhältnisse und um die Sicherung des Erreichten? Von der Million ist etwa die Hälfte den freigewerkschaftlichen Organisationen angeschlossen. Wenn wir die Mitglieder der übrigen Organisationen (Arbeitsgemeinschaft) zutzen, kommen etwa 700.000 Gewerkschaftsmitglieder zusammen. Mithin stehen über 300.000 Bergwerkarbeiter noch außerhalb der Verbände, die für die Sicherung und Verbesserung der Tarifverträge ständig arbeiten. Wir kennen Belegschaften, von denen weit weniger als die Hälfte der Arbeitsgenossen gewerkschaftlich organisiert ist! Gerade aus diesen Belegschaften kommen, ganz natürlich, die meisten Fragen über Nichtbeachtung der Tarifverträge und schlechte Behandlung!

Treten jedoch die Vertragskameraden der Organisierten an die Unorganisierten heran mit der Aufforderung, sich dem Verband anzuschließen, dann gibt es hunderterlei Ausreden. Die nackte Wahrheit aber ist, daß es eben sehr viele Arbeiter gibt, denen „neben soliger denn geben“ ist. Sie nehmen alles mit, was durch die Opferwilligkeit der Organisierten erreicht worden ist, verschwenden sich am Lauterseien, wenn der Tariflohn nicht bezahlt wird. Aber die Vertragsführer denken nicht daran, sich mit in die Verbandsreihen zu stellen, um so die Kraft der Organisation zu verstärken. Sie wollen immer andere lösen lassen, wollen aber immer unterstützen. Der Gewerkschaftsbeitrag ist diesen Leuten „zu hoch“, aber so viel auch die Gewerkschaften auf Lohnauslagen herbeiführen, alles wird seelenruhig mitgenommen. Wenn einmal die organisierten, opferwilligen Belegschaftskameraden die Ortsleiter energisch nötigen, auch ihre verdeckte Wollust und Schuldigkeit gegenüber der Gesamtarbeiterchaft und Schuldigkeit gegenüber der Gesamtarbeiterchaft zu tun, dann suchen sich manche Raummänner noch während ein radikales Aussehen zu geben und gehen dorthin, wo es am „billigsten“ ist. Für Klimbim aber ist ihnen das Geld nicht zu schade.

„Wo seid Ihr?“ muß man die Kameraden auch fragen häufiglich ihrer Zeitungslütre. Warum lebt und unterstützt ihr keine Zeitungen, die offen und ohne Schwanken die Forderungen der Gewerkschaften unterstützen?

Seid Ihr Eurer freiheitlichen Ziele bewußte Arbeiter oder passive Helfer der Reaktion? Auf welcher Seite steht Ihr, mit oder gegen die moderne Arbeiterbewegung? Diese ernste Gewissensfrage muß an alle in der Bergwerksindustrie tätigen Arbeiter gerichtet werden. Wer nicht mit uns ist, der ist gegen uns! Jeder Arbeiter muß es als eine Schande betrachten, nicht in den Reihen der organisierten Kameraden zu stehen.

## Zu unserer Reichsjugendkonferenz.

Gieben Sie die alten Rostos? Gieben Sie mit Ihrer Lebet milde hin jenseits der See? Unter wird die ewige Arbeit, wird die Post und wird die Schreiber. Pioniere! Pioniere! Walt Whitman.

Mit dem Wachstum einer Arbeitergewerkschaft geht Hand in Hand die Pflicht, exzessivisch zu wirken, vornehmlich in dieser Zeit der wirtschaftlichen Umwidlung, die täglich neue Aufgaben zeigt und deren Überwindung umfassende Kenntnis, gefestigte Disziplin und Schlagekraft erfordert. verlangt. Die Generalversammlung zu Hoesfeld und die von Gießen haben diese Erwägungen veranlaßt zu einem Aufruf an die Jugend, sie möge sich vorbereiten auf die kommenden schweren Auseinandersetzungen und auf die Umgestaltung innerhalb des Bergbaus.

Wie hat die Masse der Jugendlichen, ungefähr 30.000 unter zehnjährigem Alter, diese Rufe aufgefaßt? Das Bestreben in allen Sphären gebildete Jugendkohleute fand starke Gemüngungen in mancherlei Hinsicht. Es ist nur einmal leicht zu leugnen, daß ein recht großer Teil der Jugend völlig em Kind und ähnlichen „Kultur“ genügen verfallen ist, während die wertvollsten Kreise der heutigen jungen Menschen in der reichen Jugendbewegung zu finden sind und in den Versuchen der Gewerkschaften, sie innerhalb von Jugendktionen aufzunehmen, häufig „Jugendpflege“ wittern.

Nicht selten bildeten sich während eines Jahres über 80 Jugendabteilungen. Einige größere Verbandsbezirke stellten gewerkschaftliche Jugendabteilungen an, während die übrigen ihre Jugendabteilungen regelmäßig zu Konferenzen einzuladen, um die Jugendarbeit in eine klare Richtung einzuführen. Allen Jugendlichen wurde neben der „Bergarbeiter-Zeitung“ das Jugendorgan „Jungbor“ vierzehnmal ins Haus gebracht und überhaupt seitens des Verbandes verständnisvolles Eingehen auf die jugendliche Phantasie gelassen. So entstand unter Einfluß aller dieser Faktoren, schließlich ein reiges Leben in unseren jugendlichen Kameradenkreisen.

Wehr und mehr stellte sich die Notwendigkeit einer Reichsjugendkonferenz auf, auf der die Fragen der weiteren Bildung, der Arbeit des Jugendlichen, der Wahrung ihrer Interessen, der herkommischen Afrikaforschungsschule behandelt werden konnten. Die Ver-

hoben, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Wer zu diesen Gegnern der Gewerkschaft gehört, der beschuldigt sich nur selbst, wenn er sich über schlechte Arbeitsverhältnisse beklagt. Der Gewerkschaftsgegner verdient keine Hilfe und kein Mitleid. Er sollte sich schämen, daß er in kurzfristig selbstzüchtiger Weise die anderen Kameraden opfern und kämpfen läßt. Ein solcher Zustand ist auf die Dauer unerträglich.

Alle Welt weiß, daß die sehr rübrigen Reaktionäre in Deutschland bestrebt sind, alles, was sich die Arbeiter seit 1918 an Rechten und Freiheiten errungen haben, radikal zu beseitigen. Die reaktionäre Propaganda hat eine gefährliche innen- und außenpolitische Lage geschaffen. Abhelfen kann dem nur ein Kampfbereiter Zusammenschluß aller Freunde der demokratischen Freiheiten und des Friedens zwischen den Völkern. Die Reaktionäre spekulieren ja auf die Laiheit und Berislitterung der Arbeiterschaft.

Wo seid Ihr, die ein Lebensinteresse an der Sicherhaltung der Reaktionäre haben? Wielede Kameraden halten wachsam die Augen offen und agitieren, wo sie auch schaffen für die Verstärkung der Kampfbereitschaft? Die Organisation mußte längst in allen Revieren auf einer solchen Höhe der Schlagkraft stehen, daß den Reaktionären jede Lust verginge, ihre Pläne gegen die Volksrechte durchzuführen. Sagt euch selbst, Kameraden, daß wir eine unbewegliche Macht ins Feld stellen, wenn die Million Bergarbeiter so gut wie restlos gewerkschaftlich organisiert wäre. Darum ist jeder Zuwachs an Verbandsmitgliedern auch eine Verstärkung der Schutzmiliz für die Volksrechte für die Volksrechte. Die noch 300.000 unorganisierten müssen so schnell wie möglich gewerkschaftlich organisiert werden. Unsere Kampfsonds müssen wir aussichtsreich verstetzen! Das heißt, um ein paar Groschen Wochenbeitrag mehr verrät eine bedauerliche Einsichtlosigkeit. Einen so starken Kampfsonds müssen wir haben, daß er allen unseren Gegnern imponiert.

Nicht nur die Massen der Unorganisierten müssen der Reaktion, sondern wir müssen auch sagen, daß sehr viele Organisierte noch nicht erkennen, wie sie ihre Kraft schwächen. Die Reaktionäre verfügen über eine sehr ausgedehnte Presse. Viele Hunderte Zeitungen gehen täglich ins Land hinaus und verbreiten offen oder „unterdeckt“ die Gedanken der Reaktionäre. Die Masse der Leser dieser Zeitungen besteht aber leider nur gering, aus Arbeitern und ihren Familienangehörigen. Diese Zeitungen bekämpfen die Gewerkschaften, agitieren für den Reaktionären Umlauf, und doch lesen Bevölkernde, ja Hunderttausende Kameraden immer noch diese ihnen feindlichen Blätter! Dadurch nur werden diese lebensfähig erhalten.

„Wo seid Ihr?“ muß man die Kameraden auch fragen häufiglich ihrer Zeitungslütre. Warum lebt und unterstützt ihr keine Zeitungen, die offen und ohne Schwanken die Forderungen der Gewerkschaften unterstützen?

Seid Ihr Eurer freiheitlichen Ziele bewußte Arbeiter oder passive Helfer der Reaktion? Auf welcher Seite steht Ihr, mit oder gegen die moderne Arbeiterbewegung? Diese ernste Gewissensfrage muß an alle in der Bergwerksindustrie tätigen Arbeiter gerichtet werden. Wer nicht mit uns ist, der ist gegen uns! Jeder Arbeiter muß es als eine Schande betrachten, nicht in den Reihen der organisierten Kameraden zu stehen.

bandsleitung ließ zunächst die Kasseler Jugendkonferenz des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vorübergehen, ehe sie die Tagung der „Verbandsbenjamin“ einberief. Am 25. und 26. September wird sie nun in Bochum stattfinden und eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen haben. Aus den Jugendabteilungen und den Oberleitungen sind dazu zahlreiche Anträge eingelaufen. Am häufigsten spiegelt sich in diesen Anträgen die Sehnsucht nach Urlaub und nach für zerele Arbeitszeit wider.

Unsere erste Reichsjugendkonferenz ist kein alltägliches Ereignis im Laufe der Verbandsgeschichte. Sie ist der Beweis, daß die Zukunft des Verbandes und die kommende Verwirklichung seines legenden Wohlens, des Sozialismus, als gesichert angesehen werden darf, wenn in unseren Reihen schrift sich die Jugend mit ihrem frischen, frischen Glauben. Es werden der ersten Konferenz unserer Jugendabteilung noch viele folgen. Möge die erste Tagung schon etwas versprechen lassen von einem neuen, werdenden Gewerkschaftsamt. Die Sozialisierung braucht es.

## Wie die Kommunisten handeln

Der kommunistische Parteipunkt Lenin hat seinen Gläubigen in seiner Schrift: „Der Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus“ u. a. folgende Weisungen gegeben:

„Man muß verstehen, wenn es nötig ist, sogar zur Gewalt, Berat, illegale Methoden, Verhinderungen der Wahrheit usw. Das kann man durchsetzen, wenn man Kommunisten reden hört, oder ihre Presse liest. Gegen die „Gewerkschaftsbünde“ richtet sich der kommunistische Hass ganz besonders. Ein richtiggebender Kommunist ist nicht gesund, wenn er nicht mindestens ein halbes Dutzend „Gewerkschaftsbünde“ möglich verstopfen kann. Das Lohnabkommen im Bergbau hat im kommunistischen Lager ein wahres Indianergefeuer ausgelöst. Die kommunistische „Freiheit“ Dassel-

dorf vom 13. September behauptet, die Bergarbeiter leiden durch das Lohnabkommen in gefährlicher Weise bedroht. Die Arbeitsgemeinschaft wolle ihnen tatsächlich die Schlinge des sogenannten Lohnabkommen mit starker Preisseigerung um den Hals legen. Außer der Gewerkschaftsbürokratie habe sich um die Zustimmung der freigewerkschaftlichen Reichskonferenz zu dem Eröffnungsangebot der Unternehmer Herr Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt verdient gemacht ihm.

Wir haben bisher noch immer die Erfahrung gemacht, daß die ärgsten Schreier an wenigen zu sagen wußten, wenn sie am verantwortlichen Stelle standen. Unverantwortliches Schreien ist aber nicht nur sinnlos, sondern auch zwecklos. Auf unserer Reichskonferenz haben auch die Sozialisten anerkannt, daß unsere Vertreter bei den Lohnverhandlungen alles getan haben, um möglichst viel herauszuholen. Bei den Lohnverhandlungen am 2. September im Reichsarbeitsministerium wurden an Lohn erhöhungen pro Schicht herausgeholt für etwa

580 000 Arbeiter durchschnittlich je 10,— M. = 5 800 000 M.
20 000 " 8,50 = 170 000 "
175 000 " 7,50 = 1 312 500 "
4 000 " 6,50 = 26 000 "
6 000 " 5,50 = 21 000 "

765 000 Arbeiter durchschnittlich je 9,92 M. = 7 129 500 M.

Die genauen Arbeiterzahlen liegen für jetzt noch nicht vor. Wir haben darum geschätz für den rheinisch-westfälischen Steinkohlen- und den linksrheinischen Braunkohlenbergbau 560 000 Arbeiter, für Aachen und Ibbenbüren 20 000 Arbeiter, für Niedersachsen, Freistaat Sachsen, sowie die ost- und westfälischen Braunkohlenreviere 175 000 Arbeiter, für Niedersachsen 4000 Arbeiter, außerdem für das ost- und westfälische Braunkohlenrevier noch 6000 jugendliche und weibliche Arbeiter. Jeder Sachsen weiß, daß diese Schätzung sehr vorsichtig und eher zu niedrig als zu hoch geegriffen ist. Nach dieser vorsichtigen Schätzung beträgt die durchschnittliche Lohnzulage pro Arbeiter und Schicht 9,92 M., zusammen also 7 129 500 M. Wenn man auf das Jahr 300 Schichten rechnet, so ergibt sich eine Gesamtlohnzulage von  $300 \times 7 129 500 \text{ M.} = 2 188 850 000 \text{ M.}$  Nach dieser Schätzung ergibt sich also schon eine jährliche Gesamtlohnzulage von 2,14 Milliarden Mark. Es kommen da noch hinzu der gesamte Gräberbau, der oberhessische und Casseler Braunkohlenbergbau, Oberschlesien, Oberhessen usw., wo die Lohnverhandlungen entweder erst nachträglich abgeschlossen werden könnten oder noch schwanken. Auch ist der Kalibergbau nicht eingerechnet, wo bekanntlich eine Lohnzulage von 12,50 M. pro Arbeiter und Schicht erreicht wurde. Das ist bei den Kommunisten jedoch nichts. Daran läßt sich auch nichts ändern. Wenn unsere Vertreter bei den Lohnverhandlungen auch noch viel mehr herausgeholt hätten, so würden die Kommunisten doch erklärt haben, es ist nichts, nichts. Die Arbeiter sind von den „Gewerkschaftsbünden“ hinter dem Licht geführt und betrogen worden.

Der Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt hat auf unserer Reichskonferenz in Hannover am 10. September u. a. ausgeführt:

„Ich weiß aus Jahrzehntelanger Praxis, daß es nicht oft einen Lohnkampf gab, der bei den Belegschaften restlose Befriedigung ausgeläßt hätte. Bei die Parole ausgibt, über den Kopf der Organisation hinweg zu streiken, weiß nicht, wie sehr er seine Organisation diskreditiert. Es darf nicht übersehen werden, daß die Wirtschaftlichkeit und die Konkurrenzverhältnisse der deutschen Bergwerke sehr verschieden sind. Verminderte Konkurrenzfähigkeit eines Reviers bedeutet Verminderung der Absatzfähigkeit und der Arbeitsmöglichkeit. Daran kann kein vernünftiger Bergmann ein Interesse haben. Die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft, die vom Kohlenpreis und der Infanteriehöhe abhängt, ist eine Lebensfrage auch für die Bergarbeiter. Die massenhafte Einfuhr teurer Auslandskohle erschwert die eigene industrielle Ausfuhr, belastet den Devisenmarkt, verschlechtert den Stand der Reichsmark und damit auch den des Lohnes. Die Höhe der Kaufkraft des Lohnes ist maßgebend, nicht die nominelle Höhe des Lohnes. Die Kaufkraft des Lohnes und des Gelbes werden durch nichts mehr gestärkt als durch die Steigerung der Inlandsproduktion, besonders aber der Rohstoffförderung. Ein allgemeiner Bergarbeiterstreik wäre eine Katastrophe für die gesamte deutsche Wirtschaft. Die Regierung und ich haben von vornherein den Standpunkt vertreten, daß die Bergarbeiter einen Anspruch auf einen ausreichenden Ausgleich gegenüber der Teuerung haben. Den Bergarbeiterführern kann ich das Geugnis nicht versagen, daß sie die Forderungen der Organisationen mit allem Geschick und sehr energisch verfechten werden darf, wenn in unseren Reihen schrift sich die Jugend mit ihrem frischen, frischen Glauben. Es werden der ersten Konferenz unserer Jugendabteilung noch viele folgen. Möge die erste Tagung schon etwas versprechen lassen von einem neuen, werdenden Gewerkschaftsamt. Die Sozialisierung braucht es.“

Robert Schmidt hat mir nichts gesagt, was nicht den Tatsachen entspricht. Chenso hat Sue in seinen Aussführungen nur Tatsachen angeführt und aus ihnen die entsprechenden Schlüsse gezogen. Er wies besonders darauf hin, daß in England, Frankreich, Belgien, Lothringen, Holland, der Tschechoslowakei, im Saargebiet usw. die Sohne herabgelegt wurden, weil die Lage der Kohlenwirtschaft eine Herabsetzung der Preise bedingte. Überall hatten die Arbeiter gegen Lohnkürzungen zu kämpfen, die Tatsache dürften wir nicht außen betrachten. Was Sue sagt, trifft also in jeder Beziehung den Regel auf den Kopf. Keiner der nachfolgenden Diskussionsredner hat sich gegen ihn gewandt. Aber — die Kommunisten wissen besser. Genau betrachtet wissen sie jedoch nichts. Diese Roskowianer schimpfen lediglich nach den Weisungen von Lenin unverantwortlich drauslos, obwohl es für sie näher liegt, einmal Betrachtungen darüber anzustellen, wie Außen zugrunde gebracht wurde.

Das kommunistische „Ruth-Echo“ vom 18. September setzt sich sogar eine Höhlung, um Lenin würdig zu dienen. In den Vereinbarungen für das Ruhrgebiet heißt es u. a.:



Der Bochumer Knappelschaftsverein schreibt an den Bergbauverein in Essen in derselben Frage, um eine Aufhebung der Leistungszulagen um 100 Prozent zu ermöglichen.

Wir würden Ihnen für eine baldige den Knappelschaftsvereinen mögliche Entscheidung sehr dankbar sein, da die Not sehr groß unter diesen Zeiten ist und wer rasch gibt, der gibt doppelt.

In der Hoffnung auf einen baldigen günstigen Bescheid und weiteres danken, zeitlich mit hochachtungsvollem Grußlauf  
Der Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands.

## Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

### Der Deutsche Metallarbeiterverband

Am 2. April in Jena seine Generalversammlung ab. Anwesend sind über 700 Delegierte. Aus den Verhandlungsberichten ersieht man, wonach es führt, wenn sich innerhalb einer gewerkschaftlichen Organisation parteipolitisch orientierte Sondergruppen bilden. Auf der Generalversammlung der Metallarbeiter treten drei organisierte Gruppierungen auf, die der SPD, der USPD und der Kommunisten. Jede Gruppe stellt ihre besonderen Referenten, Anträge, Kommissionsmitglieder usw. Der Fraktionsbildung entsprechend bewegt sich auch die Diskussion. Dieser Zustand ist für eine gewerkschaftliche Organisation ungünstig. Wir werden auf die Generalversammlung zurückkommen, wenn ein abgeschlossenes Bild ihrer Arbeit vorliegt.

### Stegerwald und die christlichen Gewerbevereine.

Einem Zeitungsbericht zufolge hat der preußische Ministerpräsident Stegerwald am 12. 5. M. in Essen vor einer Konferenz von christlichen Gewerbevereinsfunktionären einen Vortrag über die gegenwärtige Lage des deutschen Volkes gehalten. In dem Bericht heißt es weiter:

Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, in der ausgedrückt ist, daß sich die Konferenz einmütig auf den Boden der christlichen Stegerwald stellt. Wer zwischen Stegerwald und den christlichen Gewerbevereinen steht, steht auf Granit. Die Kraft Stegerwalds sei den christlichen Gewerbevereinen nach wie vor nötig, die Konferenz verschließt sich aber nicht der Notwendigkeit, daß Stegerwald vorerst auf seinem Posten ausharren müsse.

Denkt man an die Rebe Sinn! Wer will Märtfrauen sät zwischen Stegerwald und seinen Gewerbevereinskollegen? Zu welchem Zweck Märtfrauen? Die rechtsgerichteten Antrumsteile sind doch keine Feinde Stegerwalds, der sich ja als Ministerpräsident sogar auf die durchaus präkapitalistisch orientierte Volkspartei stützt und selbst von den Deutschnationalen gelobt wird. Von den Rechtsparteien wird gegen den Ministerpräsidenten Stegerwald gewiß kein Misstrauen geäußert. Die sozialistischen Volksparteien aber haben keinen Einfluss in den christlichen Gewerbevereinen. In deren Runde nehmen natürlich auch deutschnationale Parteileute wie Franz Behrens eine führende Stellung ein. Das ist auch nicht bekannt, daß etwa aus den Kreisen der sozialen Gewerbevereine auf die christlichen Gewerbevereine gegen Stegerwald einwirkt wird. Die Gewerbevereine haben viel Wichtigeres zu tun. Wer also sitzt in den christlichen Gewerbevereinen Märtfrauen gegen Stegerwald? Es ist vielleicht innerhalb der Gewerbevereine durch Gewerbevereinsleute selbst geschahen, denen die innerpolitische Stellungnahme des preußischen Ministerpräsidenten zugunsten einer Regierungsbildung mit der Künnespartei nicht behagt. Uns liegen Berichte aus gewerbevereinspolitischen Organen und Versammlungen vor, wo man sich sehr scharf gegen die großagraristisch-industriekapitalistischen Reichsparteien, speziell und gegen die unbedankbare Abhängigkeit der "christlichen Bauernsozialität". Auch die Arbeiter in den Gewerbevereinen empfinden mit Erbitterung und Sorge das Treiben der Reaktion. Die Errichtung Stegerwalds hat unsere innerpolitische Lage überraschend beleuchtet. Man versteht, wenn die demokratisch gesinnten Arbeiter in den Gewerbevereinen protestieren gegen die beharrliche Weigerung Stegerwalds, die alte reichsregierungskoalition mit den Sozialdemokraten wieder herzustellen. Diese Arbeiter stricken sich nicht, ihre Bunge zu zerbrechen, wenn sie das Wort Republik aussprechen, werden auch nicht verstehen, daß der Bund der christlichen Gewerbevereine Deutschlands in deutlicher Weise die Verteidigung der republikanischen Reichsverfassung ausübt, trotzdem in Bayern die Führer der christlichen Gewerbevereine das Ministerium Schäfer unterstützen, obgleich dessen monarchistische, reichs-militaristisch-unterstützte Einwirkung offensichtlich das alte Regime im Reiche wiederherstellen möchten. Wenn nach alle den realitäten Vorstellungen sich in den christlichen Gewerbevereinen eine Opposition gegen allzu große "Staatsmänner" bemerkbar machen sollte, wäre das ein Wunder.

## Meldungen aus der Montanindustrie.

### Die neuen Kohlenpreiserhöhungen.

Der Reichskohlenverband hatte am 10. d. M. Stellung zu den neuen Kohlenpreiserhöhungen, welche nach der Versicherung der Werkbesitzer notwendig seien zum Ausgleich für die Lohnhöhungen. Unsere Kameraden Guilleman und Guillemin beurteilten die Preisvorschläge sehr kritisch und legten unter Hinweis auf die sinkenden Preise der ausländischen Kohle, sowie auf die durch weitere Preiserhöhungen besonders erschwertem Exportmöglichkeiten der leistungsfähigeren Reviere, d. h. Niedersachsen, mitteldeutsche Rangdabecke, Westerwald, dar, daß nur die unbedingt nötigen Preiserhöhungen bewilligt werden dürften. Vertreter des Reichskohlenkommissariats und Werksvorsteher versicherten, die vorgeschlagenen Preiserhöhungen seien unbedingt erforderlich. Guilleman und Guillemin forderten die Werkbesitzer auf, von den neuen Einnahmen, in denen auch Vergütungen für "soziale Leistungen" enthalten sind, Aufwendungen für die jämmerlich niedrigen knappelschaftlichen Pensionen zu machen. Den Armenten müsse unbedingt geholfen werden. Die Syndikatsbestreit. Werkvertreter aus dem Ruhrgebiet, Niedersachsen (Hannover), Basse und Niedersachsen erklärten, sie beabsichtigten, in den knappelschaftlichen Leistungen Zusätze zu machen. Bei der Entscheidung stimmt unsere Verbandsvertreter einer Preiserhöhung für die Reviere nicht zu, in welchen die Lohnverhandlungen nicht abgeschlossen waren.

Die beschlossenen Preiserhöhungen betragen pro Tonne: Niedersachsen: 14,30, Rohbraunkohle 3,80, Braunkohlenkohle 11,75, Röhrkohle 30, Niedersachsen 22,75, Rheinland-Pfalz 21, Mitteldeutschland: Braunkohle: Rohkohle 4,70, Brilets 11, Grubekohle 21,80, Rohkrebsstein 5, Osthessische Braunkohle: Rohkohle 4,70, Brilets 16,20, Rohkrebsstein 5 M., die Vorster Gruben erhöhen um einen Aufschlag von 5 und die Frankfurter Gruben von 17,50 Prozent. Ruhrgebiet 21 M., alles ohne Steuern und ab Zehn. Nach diesen Beschlüssen stellen sich die Preise einschließlich Steuern pro Tonne: Niedersachsen: Rohkohlenkohle beim Gesamtbergbau in Obernkirchen auf 322 M. für Schmelzkohlen (Preisstellen: April 1921: 287,50 M.), auf 261,10 (272) M. für Ruk II, 271,80 (242,70) für Röhrkohlen, 289 (247,40) für Großkohle, 463,80 (448,70) für Brech-, 381,50 (340,70) für Brilets, 432 (408,50) für Steinkohle, bei Inspektion Wartha/Hausen auf 278,10 (248,20) für Röhrkohlen, bei Inspektion Ibbenbüren auf 278,60 (260,10) für Röhrkohlen, 327,10 (292,60) für Südkohlen, 363,20 (313,10) für Brech-, 349,70 (310,60) für II, 380,60 (394,10) für III, in Osterode auf 273,70 (247,80) für Röhrkohlen, 344,90 (327) für Briletskohlen, 363,20 (324,40) für Röhrkohlen, 381,50 (317) für Ruk, 280,20 (260,00) für Briletskohlen, in Ibbenbüren auf 303,80 bis 319,60 (275,10 bis 280,20) für Röhrkohlen. Im Niedersachsen: Reviere kostet beim Energiekonsortium: Röhrkohlen 267,90 und 284,10 M., Röhrkohlen bei Langenau 288,90 (Heizkohle) und 420,90 (Ruk II), Röhrkohlen bei Langenau 269,10 (Sorte cilla) und 394 (Ruk I-II), Röhrkohlen 417, Röhrkohlen 496, Brilets I-II 454, Brilets III 454, Röhrkohlen bei Schwedt 325, Röhrkohlen bei Nordhausen 400, Röhrkohlen 325, und Brilets 469,90, Brilets 520,50, Brilets I-II 536,90, Brilets 525,50.

Es ist im sozialistisch-kommunistischen Montanunterstützungsbund die neuen Tarifverträge im Vergleich zu den vom April 1921 und zu den vorherigen festen, wie sie aus folgender Übersicht:

	Januar 1914	April 1921	September 1921
Gesamtlohlen (pro Tonne):			
Hörderlohlen	12,00—12,75	227,40	253,90 M.
Bestmelierte Kohle	13,00—13,50	247,00	284,70
Stielkohle	14,00—14,50	266,50	288,10
Rugkohle I und II	14,25—15,00	273,10	340,50
Rugkohle III	14,25—15,00	273,10	340,50
Rugkohle IV	13,75—14,50	262,80	328,50
Röhrkohle	12,25—13,50	281,80	253,90
Gas- und Flammkohlen:			
Gassförderlohlen	12,50—14,50	257,80	288,00
Gassflammförderlohlen	12,24—13,25	268,80	266,00
Flammförderlohlen	11,50—12,00	237,40	253,90
Gusskohle	14,00—15,50	266,50	333,10
Gussförderlohlen	13,50—14,50	—	—
Rugkohle I und II	14,25—15,00	273,10	340,50
Rugkohle III	14,25—15,00	273,10	340,50
Rugkohle IV	13,75—14,50	262,80	328,50
Ruggrußkohle 0—20 30	9,00—10,00	223,10	249,10
Ruggrußkohle 0—50 60	10,50—11,25	228,10	249,10
Rugkohle	8,00—10,75	231,80	253,90
Magerkohlen:			
Hörderlohlen	11,25—12,75	225,20	261,50
Hörderlohlen, melierte	12,25—13,25	227,40 bis 253,90	—
Hörderlohlen, aufgekess.	13,25—14,75	—	265,80
Stielkohle	13,75—16,25	274,60	342,20
Rugkohle I und II	15,75—19,00	308,70	380,80
Rugkohle III	16,50—20,00	300,40	359,90
Rugkohle IV	12,25—14,75	262,80	328,50
Anthrazit Ruk I	20,50—22,00	301,80	372,10
Anthrazit Ruk II	22,00—26,00	342,40	418,20
Hördergras	10,25—11,25	223,10	246,50
Rugkohle unter 10 mm	7,25—10,00	214,20	239,30
Röls:			
Hochloenkohle	15,00—17,00	381,20	369,90
Glechertskohle	19,00—21,00	344,20	384,50
Glechertskohle I und II	21,00—24,00	394,20	440,60
Brilets:			
Brilets	11,50—15,00	375,60	364,10
		bis 379,10 bis 387,60	—

Die Abstufung der Preise ergeben je nach der Sorte bis zu 45 M. pro Tonne (Anthrazit-Ruk). Für Röls bestätigt die Bewertung 38 bis 46 Mark! Wie lange diese hohen Preise wohl zu halten sind?

### Neue Preiszuschläge auf rheinische Brilets.

Außer den vom Reichskohlenverband festgesetzten Verkaufspreisen ob Werk dürfen für den Verkauf frei Eisenbahnwagen ab oberhessischen Umschlagsplätzen ab 1. September 1921 bis auf weiteres folgende Zuschläge je Tonne zu den ab Werk geltenden Verkaufspreisen für Braunkohlenbrilets des Rheinisch-Westfälischen Braunkohlenkonsortiums erhoben werden: Bingen—Rösrath—Wiesbaden—Mainz—Gustavsburg 80 M., Mannheim—Rhein—Darmstadt—Ludwigshafen 82 M., Frankfurt a. M.—Offenbach (einschließlich Berlin- und Mainz-Alsleben) 86 M., Karlsruhe—Speyer—Leopoldshafen 92 M., Lauterburg 100,75 M., Achi—Kreisburg 116,50 M. Diese enormen Zuschläge machen die hohen Überflüsse der rheinischen Braunkohlenbrilets auch erklärlich. Natürlich liegen die Verbraucher bei verteuerten Brennstoffen auch diese Zuschlagspreise den "unbefriedigten" Preisen fest.

### Die Saarkohlenförderung

befiel sich in den ersten sieben Monaten d. J. auf 5 377 401 Tonnen und blieb damit um rund 1000 Tonnen in der gleichen Zeit 1920 zurück. In den einzelnen Monaten wurden gefördert (in Tonnen):

Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	
1921	877 917	671 276	647 808	689 088	757 452	850 209	889 656
1920	727 465	743 063	839 874	734 665	709 766	763 616	860 048

Vor dem Kriege überstieg die Monatsförderung der Saargruben über eine Million Tonnen. Trotz der nun viel niedrigeren Förderung liegen noch über 250 000 Tonnen auf den Händen. Infolge des starken Sinkens der Mark und dementsprechender Steigerung des Brantennetzes stellt sich der Preis der Saarkohle, den die seit Kriegsschluss französischen Grubendirektionen gleich in Franken berechnet, so hoch, daß der Absatz nach Deutschland immer schwieriger wird. In deutsche Markrechnung umgerechnet beträgt der Preis für gangbare Saarkohle 700—800 M. pro Tonne ab Werk, also weit mehr als beste Ruhrtolle. Die Folge des unglücklichen Vertrages "Friedensvertrages" ist also auch, daß das Saargesetz, für das im Vertragsvertrag die Frankfurtdürkung vorgetragen ist, von seinen wichtigsten mitteleuropäischen Absatzgebieten immer mehr isoliert wird, je schlechter der Markt wird. Bereits herrscht in der saarabischen Eisen- und Stahlindustrie eine starke Krise. Arbeitserlössen, Betriebsentlassungen, Betriebsstillstellungen und Lohnabzüge sind eingetreten. Unsere Saarkameraden müssen bereits längere Zeit monatlich mehrere Betriebsstunden machen und erhalten schon Lohnabzüge. Frankreich nimmt die überschüssige Saarkohle nicht auf, weil seine Hüttenindustrie unter starken Abnahmeverlusten leidet und darum die französische Kohlenförderung nicht einmal im Lande verbraucht werden kann. Die wirtschaftliche Entwicklung im Saargebiet ist also ebenfalls ein zwingender Beweis für die Notwendigkeit einer wirklichen Staatsmänner-Koalition des Vertragsvertrages. Je schneller sich Frankreich und Deutschland darüber einig sind, desto besser für das Gedanken beider Völker.

Über die Erzversorgung der deutschen Hüttenwerke im Monat August teilt das Unternehmensvermögen Stahl und Eisen mit, sie habe sich gegen die Vormonate nicht wesentlich geändert. Es ist zwar eine schwere Nachfrage nach Eisen und Stahl eingetreten, die Preise sind, auch infolge unserer Geldverstärkung, zum Teil sogar gestiegen. Aber es lagerten auch erhebliche Vorräte an Eisen- und Stahlprodukten: „Die Förderung im Siegerlande konnte wegen der Betriebsstillstellungen und Stilllegungen von Siegerländer Hütten nicht vollständig in den Verbrauch übergeführt werden. Der Verstand nach Rheinland und Westfalen hielt sich im allgemeinen auf der bisherigen Höhe. Der bessere Absatz in Röhrkesseln wurde nämlich zunächst aus den Beständen der Hütten bestätigt, so daß eine Erhöhung der Rohstoffförderung noch nicht so niedrig geworden ist, daß unter anderem auch unsere amerikanischen Verfugungen stark unterdrückt werden. Nach dem Kriege wurde auch unsere Förderung noch nicht so niedrig.“ Dennoch werden auch unsere amerikanischen Verfugungen stark unterdrückt und müssen auch unterdrückt werden. Nach dem Kriege wurde die Förderung der Eisen- und Stahlindustrie in Frankreich wieder aufgenommen, die im Kriegsbeginn bis einschließlich 1920 um fast das Dreifache gestiegen. (Diese Steigerung ist ganz bedeutend geringer als die der deutschen Erzpreise.) Da wegen der Erfolgen der Erzabsatz mit der Zunahme der Weltmarktpreise gegen Ende 1920 immer schwieriger wurde, legte ein großer Teil der Gruben nun häufig Betriebsstunden ein oder stillten den Betrieb ganz ein. 1921 wurde das noch schwieriger und es wurde luxemburgische Minette unter 10 Fr. die Tonne angeboten für die Ausfuhr nach Deutschland usw. Das war gleich einem Tonnenpreis von 50—60 M. ab Seze, jenseitig die Valuta schwankte. (Beim gegenwärtigen niedrigen Markt sind 10 Francs gleich 65—70 Mark.) Wenn diese Minette nur 28 bis 30 Prozent Eisen enthält, ist sie doch trotz des niedrigen Marktes viel billiger wie das deutsche Eisenetz. An Löhnen und Gehältern zahlen die luxemburgischen Fabriken 1920 in der Zehn 27,45 Millionen Franken gegen 16,90 in 1919. Dann verdiente 1920 den Unternehmen vom Gesamtumfang der Förderung noch über 10 Millionen Franken, während 1919 der Wertverlust etwa 9% Millionen betrug.

Die gewaltige Erhöhung der Ausfuhr

